



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Fortes fortuna adjuvat!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Fortes fortuna adjuvat!

Von Georg Kleinow

Die letzten Aufsätze unseres Mitarbeiters, Herrn Dr. Friedrich Thimme, zur inneren Politik, insonderheit seine Darlegungen zum Würzburger Parteitag der Sozialdemokratie und der Beitrag „Der neue Burgfriede“ haben eine ungewöhnlich große Beachtung gefunden: Zustimmung und Ablehnung, — viele und erregte Ablehnung. Aber eine richtige Auseinandersetzung mit dem, was Thimme geschrieben, habe ich nicht erhalten. Einzelne Sätze werden beanstandet. Ein geschätzter Freund sieht in der warmen Begrüßung der Regierung Hertling eine Vernachlässigung des protestantischen Empfindens, ein anderer will in der Bewertung von Scheidemanns kluger Rede eine „Propaganda für die Sozialdemokratie“ erkennen; ein dritter und vierter ist erstaunt über den „Ausfall Thimmes gegen die Vaterlandspartei, nachdem ihr noch vor kurzem durch den Herausgeber in so hohem Maße Gerechtigkeit widerfahren“ sei.

Die entsprechenden Zuschriften erhielt ich im Felde, in Flandern und bei Cambrai, — den letzten Päckchen stark verspätet am 1. d. Mts. auf der heiß umstrittenen Höhe 100 südlich Bourlon, die am Tage zuvor vom Bataillon meines zwei Tage später gefallenen Mitarbeiters Arthur Westphal gemeinsam mit meiner Batterie gestürmt worden war. In einer Gefechtspause waren sie mit der Feldküche herausgekommen. Westphal lag fünfzig Schritt, mein vorgeschobenes Geschütz nicht viel weiter, die übrige Batterie zweihundert Schritt von den feindlichen Maschinengewehrnestern. Sie spien Tod und Verderben. Jede Minute hatte ihren Toten! In diesem Rahmen offenbarten sich, wie Dinge aus einer anderen Welt, die politischen Streitigkeiten in der Heimat. So verzögerte sich mein Eingehen auf die Zuschriften.

Nehme ich jetzt am Schreibtisch im behaglich durchwärmten Arbeitszimmer Thimmes Ausführungen unter die Lupe der Kritik und setze sie ebenso wie die Angriffe auf ihn in den großen Rahmen, den die Erfordernisse des Weltgeschehens an unsere innere Politik bilden, so finde ich, daß gegen meinen verehrten Mitarbeiter ein Vorwurf erhoben werden kann, den die „Kreuzzeitung“ sich zu eigen

macht: Herr Thimme hat die Neigung nicht nur bei Beurteilung der deutschen Sozialdemokratie, sondern ganz allgemein, einmal erkannte politische Notwendigkeiten so darzustellen, als bedeuteten sie recht eigentlich der Weisheit letzten Schluß, wo es sich doch nur um einen, meist unter den schwersten Bedenken aller beteiligten Stellen zustande gekommenen Vergleich handeln kann. Dadurch fallen dann naturgemäß diese Bedenken für die breitere Öffentlichkeit unter den Tisch und es kann der Eindruck entstehen, als wolle der politische Mitarbeiter solche Bedenken überhaupt nicht anerkennen. Diese Methode hat für den Kampf der politischen Parteien einen großen Vorteil: sie hilft augenblickliche Schwierigkeiten aus dem Wege räumen und dient opportunistisch derjenigen Stimmung, die Aussicht hat sich durchzusetzen. Sie trägt aber die große Gefahr in sich, die Grundlagen des politischen Denkens zu zerbröckeln, die Gesellschaft politisch zu zermürben und sie schließlich zum Raube der großen Schreier und Demagogen zu machen. Wenn sie also in Anwendung gebracht wird, bedeutet sie für den seiner Verantwortung sich stets bewußten Publizisten ein Opfer, das er glauben bringen zu müssen, um dadurch ein entsprechend großes Ziel zu erreichen. In unserer Lage handelt es sich tatsächlich um die Erreichung des größten Zieles, das in diesen furchtbaren Schicksalsstunden nur erstrebt werden kann: die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes! Angesichts dieses großen Zieles, von dessen Erreichung die Entscheidung abhängt, ob wir den Krieg nicht nur in Ehren bestehen, sondern zu unserem und der Menschheit Vorteil zum siegreichen Ende führen können, mußten wir, mußte auch Friedrich Thimme manches seiner Ideale, wenn nicht auf den Altar des Vaterlandes legen, so doch verhüllen und durch keinerlei Bedenken beirrt das gut nennen, was die eiserne Stunde gebieterisch als notwendig forderte.

Wir wollen den Frieden! einen Frieden, der den Opfern entspricht, die uns der aufgezwungene Krieg abpreßt, einen Frieden, über dem nach menschlichem Ermessen nicht mehr das Gespenst neuer Kriege lastet. Unsere Gegner wollen augenscheinlich dasselbe. Sie meinen aber das große Ziel nur erreichen zu können durch die Zurückwerfung des Deutschtums in die Zeit des Biedermeier. Sie wollen das Reich zerstückeln, den Kaiserbau zertrümmern. Sie wollen das Recht haben, uns eine solche Regierungsform aufzuzwingen, die es ihnen ermöglichen würde, stets Einfluß auf unsere inneren Angelegenheiten zu haben. Asquith hat noch dieser Tage in seiner letzten Rede hervorgehoben, daß England danach strebe, daß „die sorgfältig und sinnreich ineinander arbeitende“ Maschine des Militarismus und der Bürokratie zerstört werden müsse. Und dies alles im vierten Kriegsjahr, nachdem in unserer Antwort auf die Papstnote, in der Friedenskundgebung des Reichstags vom 19. Juli und durch den Mund des Staatssekretärs von Kühlmann die Bereitwilligkeit erklärt wurde, zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Zustandes von vor Beginn des Krieges: Friede ohne Gebietsangleicherungen und ohne Schadenersatz! Solange der Gegner durch seine militärischen und politischen Maßnahmen dartut, daß es ihm mit seinen Forderungen bitter ernst ist, dürfen wir uns nicht damit begnügen, sie mit unserm Spott und Druckschwärze zu begießen. Militärische und politische Maßnahmen sind erforderlich, den Willen der Gegner zu brechen und zwar unter der rücksichtslosesten Vereini- gung und Konzentrierung aller unserer politischen und militärischen Kräfte und

restloser Ausnutzung unserer „sorgfältig und sinnreich ineinander arbeitenden“ Maschine des Militarismus und der Bürokratie! Denn nur den Starke flügt das Glück! Über das, was militärisch zu geschehen hat, braucht, auch wenn die Zensur es erlaubte, kein Wort gesagt zu werden. Die Überlegenheit unserer Führung über die der Engländer hat jetzt wieder bei Cambrai einen Triumph gefeiert, der alles Zagen angesichts der numerischen Überzahl unsrer Gegner verschwinden macht. Und bezüglich der Haltung unserer Truppen sind wir an die erhebenden Wochen des Sturms von 1914 erinnert worden! Aber über die politische Führung, da ist noch manch kräftiges Wörtlein am Platze. Die notwendige politische Einmütigkeit und Konzentrierung fehlt in hohem Maße. Und die Uneinigkeit der Parteien wächst scheinbar mit jedem großen Schlage, den Hindenburg geführt hat.

Aus solchen Wahrnehmungen heraus sind Thimmes Aufsätze geschrieben, mit dem Zweck, dem inneren Frieden den Weg zu bereiten. Um diesen Preis konnte er manches in ihm aufkommende Bedenken zurückdrängen, namentlich aber alle Bedenken zurücktreten lassen, die sich der Regierung Hertling-Friedberg-Payer entgegenstellten. Unserer jetzigen Regierung können wir nicht ohne weiteres von irgendeinem Parteistandpunkte aus gegenüberreten. Ihre Aufgabe ist unparteiisch, überparteilich gestellt: Durchführung des Krieges zum siegreichen Ende, Abschluß des Friedens! Alle ihre Maßnahmen werden ausschließlich nach dem Gesichtspunkt zu beurteilen sein, ob sie der gestellten Aufgabe dienen oder nicht. Kritik an ihren Maßnahmen innen- und außenpolitischer Natur ist nur am Platze, wo die Erfüllung der großen Aufgabe beeinträchtigt erscheinen könnte. Dies Stillschalten vor den großen Notwendigkeiten ist eines der Opfer, die uns der Krieg auferlegt und die wir mit zusammengebißnen Zähnen zu bringen haben, wenn wir nicht als politische Kriegsgewinnler die Notlage des Volkes ausbeuten wollen. In diesem Sinne ist Friedrich Thimmes Publizistik zu verstehen; aus dieser allgemeinen Forderung heraus mußte er seinerzeit die gute Rede Scheidemanns auf dem Würzburger Parteitage gutheißen und die selbstlose Regierung Hertling-Friedberg-Payer begrüßen als einen kühnen Versuch, Herr der Lage in vollem Umfange zu werden. Fortes fortuna adjuvat!

Wie stehen nun wir, wie sollen die „Grenzboten“ sich nach dem Wunsch unsrer Freunde der neuen Regierung gegenüber stellen? Sollen wir sie unterstützen? Freudig alle ihre Schritte und Maßnahmen gut heißen? Sollen wir mißtrauisch abseits stehen und abwarten, was wird? Sollen wir die Politik der Heydebrand und Genossen gut heißen und dem Grafen Hertling den Krieg erklären? Wem sollen wir uns anschließen, wen bekämpfen? was fürchten? was herbeisehnen? — In diesen Tagen nach der ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus und nach der unfruchtbaren Aussprache über die Vaterlandspartei mögen tausende deutsche Männer daheim und im Felde sich das Gehirn zermartern, um auf alle diese Gewissensfragen eine klare Antwort zu ersinnen. Die Zerkahrenheit der öffentlichen Meinung erscheint heute größer und tiefer denn je, fast so hoffnungslos wie in den Tagen vor Bethmann Hollwegs Sturz. Das Mißtrauen geht um. Dunkle Kräfte scheinen etwas vorzubereiten, wovor alle zittern und wogegen sich niemand wenden könnte, wenn es da wäre. Was ist's? Wir will es scheinen,

als lebten wir in einer großen Lüge, — in einer Spannung, die durch die Lüge, die unser politisches Leben beherrscht, immer neu gespeist wird. Welches sind die Pole der Spannung?

Man fordert uns von der Rechten auf: mißtraue Hertling, vertraue Tirpitz! und von der Linken schallt es: Hertling ist Träger des Fortschritts, Tirpitz bereitet die Reaktion vor! Dabei wirkt die Einbringung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Landtage und der Verlauf der ersten Lesung so auf die öffentliche Meinung, als habe man in ein Munitionslager die brennende Lunte geworfen. Was beabsichtigt die Regierung zu tun? will sie den Zunder in der Kommission durch Monate ins Ungewisse hinein schwülen lassen oder will sie den neuen Burgfrieden in die Luft gehen lassen? Es wurde an dieser Stelle davor gewarnt, zu jekziger Zeit eine so heiß umstrittene Frage, wie die der preussischen Wahlrechtsreform zur Erörterung zu stellen. Die verantwortlichen Ratgeber des Königs hielten den entgegengesetzten Weg für den gangbareren. Jetzt aber gilt es auch, den Brand so schnell wie möglich aus dem Hause zu schaffen. Wir erwarten dringend eine Kundgebung der Regierung, die es den Parteien und der freien Publizistik ermöglichte, scharf Stellung zu nehmen. Gegenwärtig ist die Lage noch völlig ungeklärt, von einer Sammlung der Geister kann keine Rede sein, wenn man nicht den Ruf des Großadmirals von Tirpitz als Sammlungsruf bewerten will. Je energischer und freimütiger die Regierung in dieser Phase des Kampfes für die eingeleitete Politik der Reformen eintritt, um so größer und tatkräftiger wird die Gefolgschaft sein, die sich hinter sie stellen kann, und um so größer werden die Aussichten sein, den neu begründeten Burgfrieden zu erhalten und seine lebendige nationale Kraft erfolgreich für den Kampf um den Frieden einzusetzen. Welche Mittel die Regierung hat, dem sich anbahnenden ungesunden Zustande ein Ende zu bereiten, dürfte ihr bewußt sein, seit sie sich entschloß, ihre Reformvorschläge auf die Tagesordnung zu setzen. Jetzt gilt es vor allen Dingen, den Mut zur frischen Tat zu erweisen. Neben dem, was von der Nation noch draußen im Felde verlangt werden wird, zur eigenen Sicherheit ist die ganze Reformfrage in Preußen eine Nebensächlichkeit. Tatfroher Zugriff in der inneren Politik würde aber doch Beruhigung wegen der Führung der Friedensbesprechungen herbeiführen. Diese Wechselwirkung sollte nicht unterschätzt werden! Nur in ihr liegt die momentane Bedeutung der Wahlrechtskämpfe.

Von der Haltung der Regierung bei Führung des Kampfes um diese Reform in Preußen wird auch unsere Stellung zu ihr abhängen. So große persönliche Wertschätzung wir jedem einzelnen Mitgliede des Triumvirats im Hinblick auf seine bisherige Tätigkeit entgegenzubringen Veranlassung haben, so stehen die Leistungsmöglichkeiten des Triumvirats als Ganzem noch nicht fest. Im Kampf um die preussische Wahlrechtsreform muß es sich bewähren. Fortes fortuna adjuvat!

